

Nichts ist so beständig wie der Wandel

Nichts ist so beständig wie der Wandel, das wusste der griechische Philosoph und Denker Heraklit bereits vor zweieinhalbtausend Jahren zu berichten. Geändert hat sich bis heute daran nichts, möchte man meinen, wenn man vielleicht von der Beschleunigung des Wandels absieht. Nachdem im Frühjahr 2020 – inmitten unseres Berichtszeitraums – mit der Corona-Pandemie (Covid-19) plötzlich und ohne größere Vorwarnung ein verheerendes disruptives Ereignis über die Menschheit gekommen ist, hat heute bereits der daraus resultierende gesellschaftliche Wandel deutlich an Gestalt gewonnen.

So ist es gerade einmal ein Jahr her, dass wir an dieser Stelle des Tätigkeitsberichts 2018/2019 die weitreichenden Umbrüche des vergangenen Jahrzehnts mit dem Untertitel „Eine andere Welt“ zusammengefasst haben. Bewegt haben uns damals insbesondere die Folgen einer weithin ungezähmten Globalisierung, der immer stärker in den Fokus rückende Klimawandel, die Krisensymptome des Neoliberalismus der letzten Jahrzehnte, der Aufstieg populistischer Strömungen sowie der rapide technologische Wandel, vor allem in Gestalt einer digitalen Transformation der Gesellschaft. Die Überschrift lautete „Vom Verstehen zum Gestalten“. Es ging dabei vor allem darum, aus dem Verstehen der aktuellen gesellschaftlichen Entwicklung für den Verband konkrete Herausforderungen der Gegenwart und Zukunft in den zentralen Handlungsfeldern Wohnen, Bodenpolitik, Stadtentwicklung, gesellschaftlicher Zusammenhalt und lokale Demokratie abzuleiten und den vhw zur zukunftsorientierten Mitgestaltung zu befähigen.

Gegenwartsanalysen weisen den Weg

Seitdem ist die Analyse des Wandels und der resultierenden Herausforderungen etwas weiter vorangeschritten. So hat Andreas Reckwitz in seinem Buch „Das Ende der Illusionen“ den Aufstieg und die Krise

des gegenwärtigen Liberalismus nachgezeichnet, der in den 1980er Jahren begonnen hatte, die strengen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Regulierungen im sozial-korporatistischen Staat, zugunsten einer dynamischen Erneuerung der Gesellschaft radikal zu öffnen.¹ Er skizziert dessen dominierende Stränge, den ökonomisch orientierten Neoliberalismus und den kultur- und identitätspolitischen Linksliberalismus sowie die damit einhergehenden sozioökonomischen, soziokulturellen und demokratiepraktischen Krisensymptome, die seit einiger Zeit darauf hindeuten, dass sie unter den gegebenen Rahmenbedingungen nicht mehr produktiv bewältigt werden können.

So steht auf der einen Seite die konstatierte „Überdynamisierung“ der Gesellschaft in engem Zusammenhang mit dem Kollaps der europäischen Finanzmärkte um das Jahr 2007 herum, den nachfolgenden Staatskrisen, dem Niedergang gesellschaftlicher Infrastrukturen und der Vermarktlichung des Sozialen, des Sozialraums und des Wohnens. Zudem brachte die globalisierte Ökonomie erhebliche soziale Verwerfungen und Umverteilungsprobleme hervor.

Auf der anderen Seite hatten die Deregulierungen und Öffnungen der vergangenen Jahrzehnte auch den Aufstieg des Multikulturalismus und der Identitätspolitik ermöglicht. Im Zusammenwirken mit dem Anstieg der Migration zeigen sich jedoch auch die Gefährdungen einer wechselseitigen kulturellen Desintegration, insbesondere durch die Selbstabschottung ethnischer, religiöser (durchaus auch „weißer“) Communities.

Die demokratiepraktischen Probleme der spätmodernen Gesellschaft sind evident. Die Internationalisierung einer Vielzahl politischer Regelungsbereiche geht genauso einher mit der Abtretung von Zuständigkeiten und Handlungskompetenzen der Politik wie die Forderung einer emanzipierten Bürgerschaft nach einem

¹ Reckwitz, Andreas (2019): *Das Ende der Illusionen*. Frankfurt am Main. Reckwitz spricht in diesem Kontext von einem öffnenden, die Grenzen überschreitenden „apertistischen Liberalismus“.

Mehr an Mitbestimmung. In Kombination mit den noch ungelösten sozialen und kulturellen Verwerfungen der Gegenwart tragen diese bei zu einem Bedeutungsverlust der Politik, der sich vor allem in sinkenden Wahlbeteiligungen, rückläufigen Mitgliederzahlen der Parteien, Vertrauensverlust und politischer Apathie der Menschen oder gar im Aufstieg populistischer Strömungen niederschlägt.

Auf dem Weg zu einem „eingebetteten Liberalismus“?

Die Analyse der vielfältigen gesellschaftlichen Krisensymptome, die sich in den letzten Jahren immer deutlicher herausgebildet haben, bilden die unabdingbare Voraussetzung dafür, dass die Gesellschaft geeignete (Gegen-)Strategien entwickeln und angemessene Reaktionen auf die aktuellen Herausforderungen zeigen kann. Reckwitz kommt dementsprechend in seinem Buch zu der abschließenden These, der derzeitige öffnende Liberalismus und sein Paradigma der Dynamisierung werde künftig durch einen regulativ „eingebetteten Liberalismus“ abgelöst.

Und in der Tat sprechen einige Beobachtungen aus dem realpolitischen und demokratischen Geschehen heute dafür, dass die sich stellenden Herausforderungen – trotz aller Polemik und Entgleisungen vor allem in den neuen Medien – von Politik, Zivilgesellschaft und Bürgerschaft im Rahmen konstruktiver Aushandlungsprozesse angenommen und ggf. rationalen Lösungen zugeführt werden. So wurden in den letzten Jahren zum Beispiel erste neue Instrumente zur Regulierung der europäischen Finanzmärkte entwickelt, wurden europäische Lastenausgleichs- und Umverteilungsfragen diskutiert und entschieden, wurden staatliche Förderprogramme zur Sanierung oder zur Neuschaffung von gesellschaftlichen Infrastrukturen aufgelegt und werden neuerdings wieder die Fragen einer regulierten, sozial gerechten Boden- und Wohnungspolitik auf die politische Agenda gesetzt. In anderen aktuellen Themenfeldern werden inzwischen mit zunehmender Spannweite intensive

gesellschaftliche Diskurse über einzuschlagende Entwicklungspfade geführt, sei es in Sachen identitätspolitischer Grenzziehungen, humanitärer Katastrophenhilfe, Migration und Integration oder geeigneter Konzepte und Maßnahmen zum Klimaschutz.

In diesem Zusammenhang gibt es auch gegenüber dem emotional aufgeladenen Thema des Populismus Positives zu vermelden. So berichtet das jüngste Populismusbarometer 2020 von einer „Trendwende im Meinungsklima“. Demnach hat sich, in Folge einer „deutlich verbesserte(n) und inklusivere(n) Regierungspolitik“ und eines „demokratischen Antipopulismus“ die Intensität populistischer Einstellungen zuletzt, insbesondere in der politischen Mitte, stark verringert. Sie „...zeigt sich in der Auseinandersetzung mit der populistischen Versuchung damit als lernfähig“.²

Zu vielen der aufgezeigten Herausforderungen hat sich auch der vhw im vergangenen Jahr durch einschlägige Forschungsaktivitäten positioniert, wie der nachfolgende Tätigkeitsbericht verdeutlichen wird. Insbesondere standen dabei sozial-politikwissenschaftliche Themen, wie die milieuorientierte Analyse gesellschaftlicher Verwerfungen oder die Entwicklung und Umsetzung geeigneter Gegenstrategien, das Empowerment alter und neuer Akteure der Stadtentwicklung, die Untersuchung populistischer Strömungen oder die nachhaltige Entwicklung der Quartiere und Nachbarschaften auf der Agenda. Zudem konnten erfolgreiche Beiträge zu einer Reform der Boden- und Wohnungspolitik oder zu einem sozial verträglichen digitalen Wandel der Gesellschaft initiiert und erarbeitet werden.

Und doch ist nichts so beständig wie der Wandel. Als um den 27. Januar 2020 herum das Coronavirus erstmals Deutschland erreichte, rechnete kaum jemand damit, dass davon eine ernsthafte Bedrohung ausgehen könnte. Noch am 24. Februar nahmen hundertausende von Menschen im Karneval sorglos an den

² Bertelsmann Stiftung (Hg.): EINWURF 2/2020 – Populismusbarometer 2020. Gütersloh.



Vorwort

Rosenmontagszügen teil. Wenig später setzte sich die Erkenntnis durch, dass es sich um eine ernste Epidemie handelt und schon Mitte März wurde diese aufgrund des exponentiellen Anstiegs der Infektions- und Sterblichkeitsdaten weltweit von der WHO zur globalen Pandemie erklärt.

In Deutschland war zu dieser Zeit die Bereitstellung und das Management der erforderlichen Kriseninfrastruktur (Notfallbetten, Beatmungsgeräte etc.) zur Bekämpfung der Pandemie bereits weit vorangeschritten, allerdings waren nach wie vor die Wissensressourcen über das Coronavirus, dessen Ausbreitung und resultierende gesundheitliche Schädigungen trotz einer intensivierten Forschung noch immer begrenzt. Aufgrund der exponentiellen Zuspitzung der Erkrankungen, die sich noch bis Ende März, zuletzt mit knapp 7.000 Neuinfektionen täglich, fortsetzte, wurden seitens des Bundes und der Länder zur Bekämpfung der Pandemie und zur Gewährleistung der Sicherheit der Bevölkerung und der gesundheitlichen Risikogruppen, mit dem sogenannten Lockdown erhebliche Beschränkungen der Bewegungsfreiheit vorgenommen.

Auch der vhw nahm seine diesbezügliche Verantwortung wahr und stellte zum 16. März 2020 für mehrere Wochen alle Präsenzveranstaltungen ein. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter überantwortete er weitgehend dem geschützten „Homeoffice“.

Mancher vermeintlich kritische Geist hat diesen Lockdown als fragwürdigen Eingriff in die demokratischen Grundrechte interpretiert. Allerdings war dieser Eingriff zeitlich auf das Nötigste begrenzt und stellte angesichts der anfangs noch wenig bekannten Gefährdung eine unabdingbare Ausnahme von der Regel dar. Zudem gab es in der Politik, der Zivilgesellschaft und der Bürgerschaft, selbst in den Kreisen einer stark belasteten Wirtschaft, von Beginn der Pandemie an eine überwältigende Akzeptanz gegenüber den bestmöglich parlamentarisch abgestimmten Eingriffen und damit eine überzeugende Quelle demokratischer Legitimation.

Bis heute liegen weltweit mehr als 30 Millionen bestätigte Infektionsfälle vor und es gilt, mehr als eine Million Todesopfer zu betrauern. Inzwischen weiß man recht genau, dass nur die schnelle politische Reaktion auf die große, unbekannte Herausforderung in ihrer ganzen gesellschaftlichen Reichweite in vielen europäischen Staaten und in Deutschland das Schlimmste verhindert hat. Im traurigen Gegensatz zu jenen Staaten, die solche Eingriffe lange Zeit unterlassen haben.

Ganz wesentlich beigetragen hat dazu vor allem die überwältigende Mehrheit der informierten, aufgeklärten und selbstverantwortlich handelnden Bürger, die es nicht oft genug hervorzuheben und in ihrer Rolle zu unterstützen gilt. Sie dürften vielleicht die wichtigste Ressource im Kampf gegen die Pandemie gewesen sein, standen allerdings zu oft im Schatten unnötiger politischer Querelen und der oft übertriebenen Berichterstattung über eine kleine, quantitativ eher unbedeutende, aber durchaus meinungs- und lautstarke Schar von Verschwörungstheoretikern und Libertären.³

Die Corona-Pandemie steht sicherlich für eine ganz besondere Ausnahmesituation. Aber – das lässt sich heute bereits festhalten – sie hat erbarmungslos die Vulnerabilität (Verletzbarkeit) der modernen Gesellschaften weltweit offengelegt. Dazu gehören die globale Mobilität und die globalen Handelsbeziehungen, die wesentlich zur schnellen, globalen Ausbreitung des Virus beigetragen haben. Die weitreichenden Einschränkungen im Reise- und Warenverkehr, die durch die Pandemie erzwungen wurden (und mitunter von globalisierungskritischer Seite angemahnt werden), haben wiederum deutlich gezeigt, welche ökonomischen Verwerfungen solche Einschränkungen weltweit hervorrufen. Vor allem gehört zu der konstatierten Vulnerabilität die soziale und sozialräumliche Ungleichheit in der Gesellschaft, die zu einer sehr ungleichen Verteilung von Infektions- und Sterblichkeitsrisiken sowie gesundheitlichen Belastungen geführt haben.

³ Kurz, Peter: *Wir dürfen die wichtigste Ressource nicht gefährden.* Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 2.5.2020, S.9.

Vor allem in den besonders dicht besiedelten Stadtteilen mit einem sehr knappen Angebot an Grün- und Freiflächen kam es an den ersten Frühlingstagen und heißen Sommertagen zu gesundheitlich bedenklichen Ansammlungen von Menschen, die mitunter erst durch Einsätze der Polizei aufgelöst werden konnten. Wurde der öffentliche Raum in der Vergangenheit vornehmlich als Ort der Entspannung, der lockeren Begegnung und der Kommunikation angesehen, wurde er nun in Zeiten des weitgehenden Lockdowns in der Gesellschaft ein letzter öffentlicher Ort des verbliebenen sozialen Miteinanders, zugleich ein Ort erheblicher gesundheitlicher Gefährdungen, mitunter einhergehend mit einem symbolisch aufgeladenen zivilen Protest. Besonders anfällig zeigten sich des Weiteren gerade auch die kollabierten Bildungs- und Betreuungssysteme, die zudem vielen berufstätigen Familien und deren Angehörigen über Monate hinweg gewaltige Belastungsproben auferlegt haben, oder auch die meist nur geringfügig abgesicherten und deshalb in hohem Maße in ihrer Existenz gefährdeten Künstlerinnen und Künstler sowie kulturellen Einrichtungen.

Selbst Staaten, die über viele Jahre hinweg eine ausgeprägte neoliberale Politik verfolgt haben, mussten plötzlich erkennen, um ein weiteres Beispiel zu nennen, dass eine stark ausgedünnte Infrastruktur, insbesondere im Gesundheitswesen, zwar wirtschaftlich rentabel sein kann, jedoch im Notfall überfordert und vom völligen Zusammenbruch bedroht ist, wie noch vor wenigen Wochen eindrucksvolle TV-Bilder aus den USA oder aus Großbritannien gezeigt haben. Urplötzlich war hierzulande der Begriff der Systemrelevanz in aller Munde, womit i. d. R. Berufszweige und Menschen bezeichnet wurden, die zur Krisenbewältigung unverzichtbar waren, auch wenn das, wie im Falle vieler Pflegekräfte des Gesundheitswesens, nicht unbedingt mit ihrem gesellschaftlichen Status oder ihrem Einkommen übereinstimmen musste.

Man darf angesichts der weitreichenden Verwerfungen, die in fast allen gesellschaftlichen Teilbereichen durch

das Coronavirus ausgelöst wurden, gespannt sein, welche Bedeutung zukünftig eine nachhaltige Stärkung der gesellschaftlichen Resilienz (Widerstandskraft) sowie der zugehörigen Forschung beigemessen wird und welche Veränderungsprozesse dadurch vielleicht in der Gesellschaft angestoßen werden können.

Der vhw in Zeiten der Corona-Pandemie

Auch der vhw wurde durch die Corona-Pandemie zutiefst in seinen Grundfesten erschüttert. Mitte März, es waren gerade zwei Drittel des Berichtszeitraums 2019/2020 vergangen, war urplötzlich nichts mehr, wie es war. Alle Fortbildungsveranstaltungen des vhw, die bis dahin fast ausschließlich als Präsenzveranstaltungen organisiert und durchgeführt wurden, mussten mit sofortiger Wirkung abgesagt werden, womit alle wirtschaftlichen Aktivitäten des Verbandes von einem Tag zum anderen auf unbestimmte Zeit zum Erliegen kamen. Stattdessen begann mit höchster Konzentration und unter Bündelung aller Kapazitäten der grundlegende Aufbau neuer, digitaler Veranstaltungsformate, die geeignet waren, die bisherigen analogen Veranstaltungen nach und nach zu ergänzen, neue Zielgruppen zu erschließen und nicht zuletzt die Resilienz des Bundesverbandes weiter zu stärken.

Auch der Forschungsbereich wurde in kürzester Zeit aus seinen gewohnten Abläufen herausgerissen und von der Ausschreibung, Vergabe und fachlichen Betreuung externer Forschungsleistungen auf die Erarbeitung und Erbringung eigener Forschungsaktivitäten umgestellt. Während alle noch nicht begonnenen Forschungsprojekte vorläufig zurückgestellt wurden, galt es, die laufenden Projekte möglichst zu einem erfolgreichen Abschluss zu bringen, ggf. zeitlich zu verschieben sowie konstruktive methodische Ansätze und Lösungen zu finden, z. B. für entfallende Präsenzworkshops oder qualitative Interviews und Befragungen.

Für alle Kolleginnen und Kollegen des Bundesverbandes und der Geschäftsstellen des vhw wurde zudem bereits frühzeitig der jeweilige Wechsel von ihrem gewohnten



Vorwort

Arbeitsplatz in das ggf. entsprechend nachgerüstete Homeoffice ermöglicht. Über lange Jahre hinweg hat die wirtschaftlich erfolgreiche Arbeit des Bundesverbandes die eigene Resilienz, also die Widerstandsfähigkeit gegenüber Krisen jeglicher Art, gestärkt. Diesem Umstand dürfte es zu verdanken sein, dass der vhw seine eigenen Kräfte bündeln und die Pandemie bislang ohne größere Einschnitte bewältigen sowie sich inmitten der Krise erfolgreich neu aufstellen konnte.

Wie im Bereich der Fortbildung, so galt es auch im Bereich der Forschung, sich auf den schnellen Wandel der gesellschaftlichen Herausforderungen im Kontext der Corona-Pandemie einzustellen. Insbesondere die Digitalisierung aller Lebensbereiche, die bis vor wenigen Jahren noch gänzlich „Neuland“ und bis vor kurzem in vielen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens weitgehend abwesend war, entwickelte sich in kürzester Zeit und vordringlich zu einem der meistgefragten Themen und Herausforderungen unserer Zeit.

Neben der alltäglichen Anwendung neuer digitaler Instrumente, wie z. B. dem Durchführen von Online-Meetings, dem Halten von Online-Vorträgen oder der Erstellung von Videolehrfilmen, rückten neue, oft clusterübergreifende Forschungsfragen in den Fokus. Dazu gehören z. B. Fragen zur Inklusion und Kommunikation beim digitalen Wandel, zur demokratischen Qualitätssicherung bei der digitalen Bürgerbeteiligung und politischen Willensbildung, zur digitalen, ko-produktiven Stadtgestaltung auf virtuellen Plattformen oder zu einer digital unterstützten Organisation von nachbarschaftlichem Zusammenhalt und Zusammenleben. Viele davon fanden bereits einen ersten Niederschlag in entsprechenden Veröffentlichungen und neuen Forschungsprojekten. Weitere Themen, mit denen sich die vhw-Forschung im Kontext der Corona-Pandemie befasst hat, waren die Auswirkungen der Pandemie auf die Lebenswelten von Geflüchteten, auf die lokale Demokratie und die Bürgerbeteiligung, auf den Zusammenhalt und das Zusammenleben in den Quartieren und Nachbarschaften und nicht zuletzt die Auswir-

kungen der Pandemie auf den Immobilien- und Wohnungsmarkt.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass der vhw im Berichtszeitraum 2019/2020 mit der Corona-Pandemie eine tiefgreifende Herausforderung zu bewältigen hatte, die sehr viele Selbstverständlichkeiten der letzten Jahre außer Kraft gesetzt, einen intensiven Wandel in Gang gesetzt und viele erst im Entstehen begriffene Innovationen zur Krisenbewältigung und Neuformierung hervorgebracht hat. Der vhw hat sie bislang sehr gut bewältigen können. Und so gibt es einen guten Anlass – genauso wie im letzten Jahr – einen zuversichtlichen Blick auf die Gegenwart und Zukunft zu werfen!



Dr. Peter Kurz
Verbandsratsvorsitzender



Prof. Dr. Jürgen Aring
Vorstand